

Eisenstadt, am 25.11.2015

An den
Präsidenten des Burgenländischen Landtages
Christian Illedits
Landhaus
7000 Eisenstadt

Selbstständiger Antrag

der Abgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter

betreffend **Strukturen anpassen - Minderheitenrechte stärken -
Transparenz erhöhen; Politische Institutionen im Staat
reformieren!**

Im Sinne einer nachhaltigen Zukunftsstrategie müssen im Bereich der öffentlichen Verwaltung Leistungen und Kosten optimiert, Strukturen offensiv hinterfragt und nötigenfalls rasch und unbürokratisch korrigiert werden. Im Interesse der Steuerzahler sind Effizienz und Bürgernähe Eckpunkte der notwendigen Anpassungen.

Aber nicht nur die unterschiedlichen Verwaltungsstrukturen im Staat, sondern auch die Ausgestaltung der politischen Institutionen müssen einem breiten Diskussionsprozess unterzogen werden. Die Politik kann sich hier nicht auf eine Beobachterposition zurückziehen, sondern muss offen und kritisch eigene Strukturen hinterfragen und auch bereit sein, politische Gremien an die neuen Herausforderungen anzupassen und dadurch ein Signal an die Bevölkerung zu senden.

Neben einer Verkleinerung der Landesregierung ist eine Weiterentwicklung und Modernisierung unseres Landtages notwendig. Wir brauchen einen effizienten und schlagkräftigen Landtag, um die ureigensten Aufgaben eines Parlaments – und dazu gehört auch die Kontrolle der Regierung – bestmöglich wahrnehmen zu können. Eine Verkleinerung des Landtages muss dem Motto „schlanker, aber schlagkräftiger“ gerecht werden.

Die Rechte der Abgeordneten müssen deutlich gestärkt und politische Abläufe transparent gemacht werden. Untersuchungskommissionen als Minderheitenrecht, vollständige Akteneinsicht für Abgeordnete sowie Öffentlichkeit von Ausschusssitzungen des Landtages müssen unseres Erachtens ihren fixen Platz in einem modernen Parlamentarismus haben. Dadurch werden einerseits eine umfassende Kontrolle und andererseits ein entsprechendes Maß an politischer Transparenz gewährleistet.

Neben der Landesebene muss allerdings auch auf Bundesebene ein parteiübergreifender Reformdialog initiiert werden, der sich mit der zukünftigen Ausgestaltung des Bundesrates und des Nationalrates auseinandersetzt. Neben der Verkleinerung des Nationalrates soll der Bundesrat gänzlich abgeschafft werden.

In der Diskussion rund um eine Reform der staatlichen Institutionen wird auch immer wieder das Amt des Bundespräsidenten genannt. Die tagespolitische Bedeutung des Amtes des Bundespräsidenten ist verschwindend klein, daher muss das Amt in der bestehenden Form durchaus kritisch hinterfragt werden. Die gegenseitigen zwischenstaatlichen Kontakte werden ohnehin bereits auf Ministerebene wahrgenommen, daher ist das Fokussieren diplomatischer Funktionen auf den Bundespräsidenten nicht mehr zeitgemäß. Daher ist das Amt des Bundespräsidenten abzuschaffen oder angelehnt an das Schweizer Modell könnte das Amt des Bundespräsidenten jährlich wechselnd von den Ministern wahrgenommen werden.

Gerade in Zeiten großer staatlicher Umbauprozesse und damit verbundener Einsparungsschritte für die Bevölkerung muss auch die Politik ihren Beitrag zur Reduktion von Kosten und zur Schmälerung von Strukturen leisten. Die geschilderten Reformmaßnahmen im Bereich der staatlichen Institutionen sind daher offensiv in Angriff zu nehmen.

Die unterzeichnenden Abgeordneten stellen daher gemäß § 12 der Geschäftsordnung des Burgenländischen Landtages nachstehenden Antrag.

Der Landtag wolle beschließen:

Die Burgenländische Landesregierung wird aufgefordert, mit den im Landtag vertretenen Parteien in Verhandlungen

- über die zukünftige Ausgestaltung der Mitgliederzahl der Landesregierung sowie des Burgenländischen Landtages und
- über einen Ausbau der Kontrollrechte (Einsetzen einer Untersuchungskommission und dass Stellen von Prüfanträgen als Minderheitenrecht, vollständige Akteneinsicht für Mitglieder des Landtages bei Regierungsbeschlüssen, vollständige Öffnung des Landtages z.B. öffentliche Ausschusssitzungen des Landtages)

zu treten und

sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass mit allen im Nationalrat vertretenen Parteien ein Reformdialog gestartet wird, dessen Ziel es ist,

- den Nationalrat zu verkleinern und den Bundesrat abzuschaffen;
- das Amt des Bundespräsidenten abzuschaffen oder nach Schweizer Vorbild auszugestalten. Der Bundespräsident wird dabei jeweils für 1 Jahr abwechselnd aus den Reihen der Regierungsmitglieder gewählt.

Manfred Kölly eh.

Gerhard Hutter eh.